

„Die Regierung hat Angst“

Der China-Experte Ian Johnson über den wachsenden Widerstand der Chinesen gegen korrupte Kader und brutale Umwelterstörung.

Interview: ALEXANDRA RIGOS und MARLIES UKEN

Mehr als 87.000 Protestaktionen wütender Bürger pro Jahr, auch wegen der wachsenden Zahl von Umweltskandalen, setzen die chinesische Regierung unter Druck. Demonstranten müssen mit Haftstrafen rechnen – eine klare Linie hat Peking jedoch nicht, wie Ian Johnson sieben Jahre lang als Korrespondent des „Wall Street Journal“ beobachten konnte. Der 43-jährige Pulitzer-Preisträger, der inzwischen das Berlin-Büro seiner Zeitung leitet, erklärt im GPM-Interview, wie im Reich der Mitte allmählich eine Graswurzel-Bewegung keimt:

In letzter Zeit häufen sich Nachrichten über Proteste der chinesischen Landbevölkerung, etwa wegen Enteignung ihrer Felder oder Umweltskandalen. Ist das ein neues Phänomen?

Solche Proteste gab es in China immer. Wir hören heute öfter davon, weil mehr Journalisten und Touristen das Land bereisen und darüber berichten. Zugleich hat aber die Zahl der Proteste tatsächlich zugenommen, weil das Verhältnis zwischen Regierung und Regierten immer angespannter wird.

Was sind die Gründe?

Das ist ein typisches Modernisierungsphänomen: Die Ansprüche der Menschen nehmen mit steigender Bildung und Wirtschaftswachstum zu, sie wollen selbst über ihr Leben bestimmen. Die Regierung ist zwar nicht völlig versteinert, kann aber bei diesen rasend schnellen Entwicklungen nicht mithalten.

Wogegen protestieren die Menschen?

Anlass der allermeisten Demonstrationen sind persönliche, materielle Sorgen. Typisch sind etwa Proteste wegen nicht ausgezahlter Renten, weil die Staatsbetriebe pleite sind. Oder es geht um Umsiedlungsprojekte und Landenteignung durch korrupte Behörden.

Sind auch Umweltprobleme Auslöser?

Immer häufiger, ja. Auch da geschehen die Proteste in der Regel aus einem Eigeninteresse heraus. Die Bauern wollen sauberes Trinkwasser. Oder sie klagen gegen Firmen, die Abwässer in Bewässerungsanlagen oder Fischteiche leiten und so ihre Ernten ruinieren.

Es scheint, dass die Proteste immer gewalttätiger werden.

Nicht unbedingt. Es gibt zwar blutige Vorfälle wie vor kurzem in der Provinz Guangdong, wo bis zu 20 Menschen von der Polizei erschossen wurden, weil sie gegen Landenteignung für ein Windkraftwerk protestierten. Die meisten Demonstrationen verlaufen aber unspektakulär und ruhig.

Wie müssen wir uns eine chinesische Protestkundgebung vorstellen?

Sie sind oft sehr spontan. Die Leute setzen sich einfach auf die Straße, bis sie ihr Ziel erreicht haben und ihnen etwa die Rente ausgezahlt wird. Problematisch wird es, wenn Demonstranten sich organisieren und mit Sympathisanten in anderen Städten Kontakt aufnehmen. Dann werden sie verhaftet. Für so etwas hat die Regierung überhaupt kein Verständnis. Ein Netzwerk aufzubauen, ist absolut tabu.

Warum ist das so heikel?

Die Regierung hat Angst. Sie befürchtet, es könnte sich ein Gegengewicht zur Partei bilden. Man will so etwas wie Solidarnosc seinerzeit in Polen verhindern.

Mit welchen Folgen müssen Demonstranten rechnen?

Das kann eine einfache Verwarnung sein, aber auch Arbeitslager. Manche haben einfach Pech und landen im Gefängnis, weil die Regierung gerade eine Anti-Kriminalitätskampagne ausgerufen hat und besonders hart gegen Aufständische vorgeht. Bis zu drei Jahren darf die Regierung Menschen ohne Prozess im Gefängnis festhalten.

Wie reagieren die Behörden, wenn gegen Umweltschäden protestiert wird?

Solche Umweltskandale sind schwer wider gut zu machen. Manchmal sind die Proteste erfolgreich, und es kommt zur Anklage gegen eine Firma oder Behörde vor einem Verwaltungsgericht, weil zum Beispiel Trinkwasserbestimmungen nicht eingehalten wurden. Aber es geht immer nur um die nicht eingehaltene Verordnung. Nie um Grundrechte.

Hatte das Chemieunglück in Harbin im November letzten Jahres juristische Folgen?

Ja, lokale Geschäftsleute haben die staatliche Chemiefirma verklagt. Es ist aber noch unklar, ob das Gericht die Klage annehmen wird.

Was motiviert Anwälte, die solche Fälle vertreten und sich damit mitunter selbst gefährden?

Diese Menschen glauben einfach an das Recht und denken: Wenn ich nur alles richtig mache und mich innerhalb des Rechtssystems bewege, passiert mir nichts. In China gibt es eine Redensart, die solche heiklen Situationen mit dem Pingpong-Spiel vergleicht: Man versucht, den Ball genau in die äußerste Ecke zu schlagen. Das kann sehr risikoreich sein, aber wenn es gelingt, hat der Gegner keine Chance.

Grenzt dieses Engagement nicht an heroische Naivität?

Manchmal ja. Aber manche Aktivisten denken, dass es nur so Fortschritt geben kann. Dafür nehmen sie sogar das Risiko in Kauf, von Polizisten zusammengeschlagen zu werden. Im Übrigen geht ihr Einsatz ja in der Regel gut. Die meisten engagierten Leute landen eben nicht im Gefängnis. Hier im Westen hören wir jedoch nur vom Schicksal der Unglücklichen, die verhaftet und schikaniert werden.